

Porträt : Rudolf H. Strahm : vielseitiger Analytiker

Autor(en): **Zulliger, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **71 (1996)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-106407>

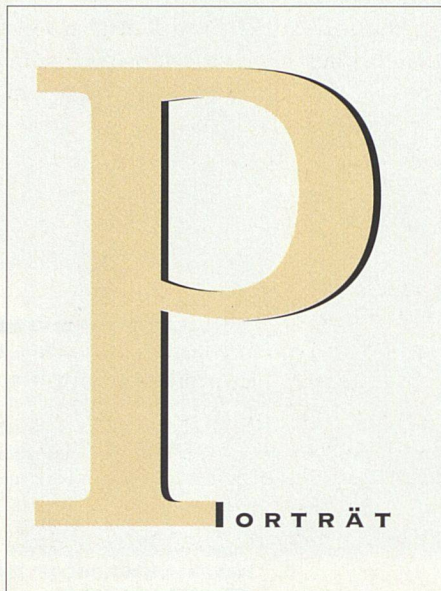
Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Wenn Ihnen das als Sujet gefällt, winke ich noch vom Zug», scherzt Rudolf H. Strahm. Der SP-Nationalrat ist den Umgang mit Journalisten gewohnt, hat keine Hemmungen,



sich fotografieren zu lassen. Dann verabschiedet er sich mit einem freundlichen Händedruck und entschwindet eilig im Getümmel. Schon drängt der nächste Termin in Bern.

Das persönliche Gespräch hat gezeigt, dass das Bild des hektisch von Termin zu Termin eilenden Berners, der Eindruck des mit grosser Ernsthaftigkeit politisierenden Nationalrates nur die eine Seite von Rudolf H. Strahm ist. «Die Leute meinen immer, ich sei ein wahnsinniger Chrapfer, ein workaholic,

aber ich darf fast nicht sagen, wieviel Ferien ich nehme», verrät er. Zwar arbeitet er oft 60 bis 70 Stunden pro Woche, ist mit dem Studium von Akten und Dossiers sowie Sitzungen und Interviews vollauf ausgelastet. Doch er nimmt sich immer wieder Zeit für sich selbst, beteiligt sich an einem Trekking in der Sahara, treibt verschiedene Sportarten wie Langlauf, Bergwandern, Tiefseetauchen und macht jeden Morgen einen Waldlauf. Zusammen mit seinem 16jährigen Sohn wohnt er in einem von einer Genossenschaft erworbenen Reiheneinfamilienhaus in Herrenschwanden bei Bern. Zu seinen Vaterpflichten sagt er: «Ich muss immer wieder Widerstand leisten, das braucht Energie.» Und in welche politische Richtung wird es den Sohn ziehen? «Ich hoffe, nicht ins Gegenteil», lacht er. In diesem Alter neige der Sohn natürlich dazu, alles was der Vater mache, als besetztes Territorium anzusehen und etwas anderes zu wollen.

EINSTIEG DURCH DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK Eigentlich ist der 53jährige Präsident des Mieter/innenverbandes (MV) erst spät in die Politik gekommen. Er machte eine Lehre als Laborant, absolvierte die Ingenieurschule und arbeitete zunächst als Chemiker. Später ging er an die Hochschule, studierte Ökonomie. Den klassischen Weg – Chemiker, Betriebswirtschafter, Offizier – hat er freilich nicht eingeschlagen. Schon in der Studienzeit befasste er sich statt dessen mit sozialen und Entwicklungsfragen. So war es kein Zufall, dass er nach der Hochschule eine Stelle bei der Welt-handelskonferenz UNCTAD in Genf annahm. Danach bekleidete er die Funktion des Sekretärs bei verschiedenen Organisationen in der Schweiz, zuerst bei der Erklärung von

Bern, dann der SP Schweiz und der Naturfreunde Schweiz. Im Gespräch fällt auf, dass der SP-Nationalrat sehr analytisch denkt, stets nach Ursachen und Zusammenhängen sucht. Dabei weiss er auf jede Frage stets eine klare und einleuchtende Antwort, gibt aber auch über seine persönlichen Verhältnisse offen Auskunft. Als Einkommensquelle gibt er heute die Entschädigungen als Parlamentarier an, Autorenhonorare sowie sein Mandat bei der Kontaktstelle Umwelt (KSU) in Bern, das ungefähr einer 40-Prozent-Stelle entspricht. Die KSU ist bei Umweltorganisationen und -verbänden breit abgestützt und koordiniert deren politische Interessenwahrnehmung. Dank der Tatsache, dass er in seinem Leben verschiedene Schwergewichte gesetzt hat, ist er in mehr als einem Themenkomplex beschlagen. Zehn Jahre befasste er sich mit Entwicklungshilfe, dann mit Wirtschafts- und Finanzfragen, der Energieproblematik und nun, seit er Präsident des MV geworden ist, machte er sich auch noch mit wohnungs- und mietpolitischen Themen vertraut. Aufgrund seiner Kompetenz hat er sich eine einflussreiche Position innerhalb seiner Partei, aber auch als Mitglied der parlamentarischen Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) erarbeitet. «Wer ein Dossier einigermaßen im Griff hat, hat etwas zu sagen», erklärt er. Das gelte besonders unter oberflächlichen Politiker/innen, wo «selbst der Einäugige König» werde. Dass er sein Wissen und seine Meinungen klar und prägnant formuliert, hat ihm zudem zu einer beachtlichen Publizität in den Medien verholfen. «Ich bin ein mitteilbarer Mensch», lautet denn auch seine Selbsteinschätzung. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass er bis heute in der Partei, bei Gewerkschaften und Verbänden Kurse leitet und unterrichtet. Daneben schreibt er Bücher und Aufsätze. Der Arbeitstitel seiner nächsten Publikation heisst «Zukunft der Arbeit, Zukunft des Sozialstaates» und soll 1997 im Werd-Verlag erscheinen.

BEZIEHUNGSKORRUPTION IM PARLAMENT Als langjähriger Parlamentarier hat Strahm alle Varianten der Beeinflussungsversuche von aussen kennengelernt. «Das Lobbying ist enorm im Bundeshaus», umschreibt er die Abläufe hinter den Kulissen. Strahms Fazit: «Nicht direkte Bestechung ist das richtige Wort, schon eher Beziehungskorruption.» Doch er sieht die Grenzen: «Bei mehr als der Hälfte der Lobbyisten handelt es sich um Tollpatsche, deren Arbeit vergebliche Mühe ist.» Die ganz Plumpen versuchten es mit Briefen, «...wir erhalten massenhaft solche Zusendungen, weshalb ich mir die Post nicht mehr nach Hause schicken lasse, sondern in mein Büro, wo meine Mitarbeiterin gleich eine Triage vornimmt.» Das Lobbying sei freilich nicht alles. «Es ist immer noch möglich, durch Überzeugungskraft und Argumente etwas zu bewirken», meint Strahm und ergänzt: «Letztlich sind die Volksrechte wichtig.» Als Beispiel erwähnt er die Auseinandersetzung um das Mietrecht. «Wenn die Parlamentarier des Hauseigentümers

JÜRIG ZULLIGER IM GESPRÄCH MIT

RUDOLF H. STRAHM

FOTO: JÜRIG ZULLIGER



VIELSEITIGER ANALYTIKER

verbandes das Mietrecht wegfeigen wollen, um die Marktmiete einzuführen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als das Volksreferendum zu ergreifen.» Der MV-Präsident gibt sich überzeugt, einen solchen Abstimmungskampf gewinnen zu können.

Er betont, dass er im Parlament Kontakte zu allen Seiten pflegt, auch zu Hauseigentümerverband und Immobilienwirtschaft. «Mieter/innen fahren besser, wenn halbwegs ein Mietfriede herrscht», heisst sein Credo. Der Präsident des MV tendiert im Moment stark auf die Einführung von paritätischen Mietverträgen, wie ein erster ja zwischen SVW und MV zustande gekommen ist. In einer späteren Phase könnten solche Verträge, die von Mieter- und Vermietersei-

te regional gemeinsam herausgegeben werden, von der kantonalen Regierung für allgemein verbindlich erklärt werden können.

Um längerfristig einen qualitativ guten und preisgünstigen Mietwohnungsbau zu gewährleisten, hält Strahm verschiedene Faktoren für wichtig: «Einerseits müssen wir sehr daran interessiert sein, dass der Wettbewerb im Baumarkt spielt.» Der diesbezügliche Preisdruck und die Forderung nach Standardisierung bei Neubauten hält er – trotz dem damit verbundenen Druck auf die Arbeitsplätze und Löhne – für wichtig. Andererseits möchte er die Förderung des genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus unbedingt weiterführen. «Wohnbaugenossenschaften nehmen sozialpolitisch eine wichtige Funktion wahr, weil ihre Mietzinsen durchschnittlich 20 Prozent tiefer liegen als diejenigen anderer Anbieter.» Alle Armutsstudien hätten gezeigt, dass die Höhe der Mieten ausschlaggebend dafür sei, ob eine Familie oder eine Rentnerin selbständig durchkommen oder ob sie sozialhilfeabhängig würden.

VORKAUFSRECHT FÖRDERT WOHNHEIGENTUM Kämpferische Töne schlägt Strahm an, wenn es um die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes geht. Diese Politik hält er nicht allein aus sozialpolitischen Motiven für unverzichtbar, sondern auch wegen der stabilisierenden Wirkung auf den Boden- und Liegenschaftenmarkt. «Der krasse Preissturz bei den Liegenschaften, die zwischen 1986 und 1991 erstellt wurden, betraf ausschliesslich Geschäftsbauten und Neuwohnungen – er fand also überall dort statt, wo der Mieterschutz keine Rechtsgültigkeit hat», führt er aus. «Wehe, wenn wir dieselben Spekulationen auch bei den bestehenden bewohnten Wohnungen gehabt hätten.» Das hätte nicht nur zu enormen sozialen Härten geführt, sondern den Banken noch mehr Verluste beschert, als sie ohnehin hinnehmen mussten.

Auf die Frage, warum sich genossenschaftliche Wohnformen und andere Varianten eines dritten Wegs zwischen Miete und Eigentum bisher nur begrenzt durchgesetzt hätten, hat Strahm keine pauschale Antwort bereit. «Vielleicht ist es für Leute mit mittlerem Einkommen zu teuer», meint er und gibt sich überzeugt, dass das vom MV schon lange geforderte Vorkaufsrecht für Mieter auch dem genossenschaftlichen Wohneigentum wichtige Impulse verleihen könnte. Das Vorkaufsrecht könnte nach Strahms Überzeugung zudem das Problem lösen, dass jungen Leuten, denen es zwar leichter fällt umzuziehen, meist das Geld für Wohneigentum fehlt. Andererseits sind Personen, die lange in einem Quartier lebten oder deren Kinder an einem bestimmten Ort zur Schule gehen, oft nicht mehr bereit, ihren Wohnsitz zu wechseln, um Wohneigentum zu erwerben. Daher argumentiert Strahm: «Viele Mieterinnen und Mieter wären bereit, die von ihnen selbst bewohnte Wohnung zu kaufen, auch im vorgerückten Alter.»